

"Diese Aktionen spiegeln wider wie besorgt die Konservativen sind"

Won Young-su lebt in Seoul und ist als unabhängiger Sozialist politisch und publizistisch aktiv

Raoul Rigault

In letzter Zeit häufen sich die Berichte über ein drastisches Vorgehen der südkoreanischen Regierung gegen die Gewerkschaften. Was hat es damit auf sich?

Die Attacken von Park Geun-Hye's Regierung auf die Rechte der Arbeiter sind etwas, womit man gerechnet hatte, da sie die Interessen der herrschenden Oligarchie vertritt, also der *Chaebols* genannten Mammutkonzerne, der Staatsbürokratie und konservativer Kräfte. Die Aufdeckung der verdeckten Operationen, mit denen der Geheimdienst NIS zu ihren Gunsten in die Präsidentschaftswahlen von 2013 intervenierte, war für die neue Exekutive höchst unangenehm. Ihr Vorsprung vor dem Kandidaten der Opposition war damals nicht opulent, aber doch größer als erwartet. Wahrscheinlich wäre das Ergebnis auch ohne die Einmischung des NIS nicht anders ausgefallen. Die Geheimdienstagentur ist jedoch einer der Stützpfeiler ihrer konservativen Herrschaft.

Jüngstes Opfer der Repression wurden die Eisenbahner. Was haben sie verbrochen?

Die forcierte Privatisierungspolitik der rechten Regierung bedroht alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Deshalb legte die Eisenbahnergewerkschaft im Dezember die Arbeit nieder und hielt ihren Streik, der in der Bevölkerung breite Sympathie genoss, einen Monat lang durch. Schwer zu sagen, wer am Ende als Sieger aus dieser Auseinandersetzung hervorging. Immerhin schaffte es die Railway Union in diesem Fall aber einen substantiellen Streik auf die Beine zu stellen, was sie vorher mehrfach versucht hatte, damit aber immer gescheitert war. Trotz des Drucks von innen und außen gelang es ihr, eine klare Botschaft gegen die von der Regierung betriebenen Privatisierungen auszusenden. Obendrein bedeutete der Überfall der Bereitschaftspolizei auf das Hauptquartier des linken Gewerkschaftsbundes KCTU einen peinlichen Reinfall und Gesichtsverlust für die Exekutive, weil die Streikführer gar nicht dort waren und lächerliche Szenen von Polizeigewalt landesweit im Fernsehen übertragen wurden. Außerdem wurden mehrere Dutzend Gewerkschaftsfunktionäre festgenommen, aber alle kurz darauf wieder freigelassen.

Auch die Lehrervereinigung steht im Visier der Exekutive. Weshalb?

Der Angriff auf die historische Nationale Lehrervereinigung (NTU) wurde am Arbeiterminister mit der grundlosen Anschuldigung gestartet, sie würde an der Mitgliedschaft von Lehrkräften festhalten, die aus politischen Gründen entlassen wurden, was die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) als ein Grundrecht aller Werktätigen betrachtet. Obwohl dieses Vorgehen die Gewerkschaft schwächte und ihrer tarifpolitischen Möglichkeiten beraubte, wurde sie dadurch auch kämpferischer. Mit der Entscheidung des zuständigen Gerichtes ihre Klage dagegen anzunehmen, ist die Angelegenheit zu einem offenen Rechtsstreit geworden und die Unterdrückungsmaßnahme vorerst fruchtlos.

Inwieweit gibt es Widerstand gegen diese Politik?

Am 25. Februar, dem ersten Jahrestag ihrer Amtseinführung, war die Staatspräsidentin mit einer großen Protestaktion gegen ihre Regierung konfrontiert. Für diesen Tag hatte der linke Gewerkschaftsbund KCTU einen Generalstreik zur Unterstützung der verfolgten Eisenbahnarbeiter ausgerufen. Die Aktion hatte allerdings mehr symbolischen Charakter. Einen echten Ausstand der Beschäftigten gab es unter den aktuellen Bedingungen nicht. Allerdings fanden in einigen Großstädten zum Teil beachtliche Demonstrationen statt. Das war wohl auch der Grund, warum die KCTU ihren Kampf von vornherein als "Volksgeneralstreik" konzipiert hatte.

Vor einigen Tagen wurde mit dem Vertreter der linken Vereinigten Volkspartei (UPP), Lee Seok-gi, zum ersten Mal ein Parlamentsabgeordneter wegen "Verschwörung" und "Vorbereitung einer Revolution" zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Was ist der Hintergrund?

In rechtlicher Hinsicht ist dieser Fall ein Witz. Es ist unmöglich, ihn schuldig zu sprechen, aber die Richter taten es trotzdem. Es kamen ernsthafte Zweifel an Fairness und Integrität des Gerichtes auf, was in Korea allerdings üblich ist. Die UPP mobilisierte ihre Unterstützer und Verbündeten, um die Justiz unter Druck zu setzen und berief sich dabei auf grundlegende politische und Menschenrechte. Die Zeugenaussage des NIS-Agenten war jedoch ausschlaggebend für den Verlauf des Verfahrens.

Auch wenn die rechtliche Seite ein Witz ist, liegt die Ursache für diese Sache in der dummen Agitation von Lee Seok-gi gegenüber seinen Anhängern, dass sie sich für den kommenden Krieg auf der Halbinsel vorbereiten sollten. Auch wenn seine Äußerungen für einen Abgeordneten oder einen normalen Bürger schwer nachvollziehbar sind, tut seine Gruppe aktuell nichts was einer Verschwörung zum Aufstand auch nur nahe kommt. Es gab nur Gespräche über so genannte Sabotagepläne oder Waffen. Noch lächerlicher wird dieser Fall, wenn man berücksichtigt, dass diese Gruppe innerhalb der UPP, aller quasi-revolutionären Rhetorik zum Trotz, politisch eine der reformistischsten Tendenzen darstellt. Sie ist eine Verfechterin der Realpolitik und legt großen Wert auf das Bündnis mit der liberalen Demokratischen Partei, während andere Strömungen in der Bewegung für die Unabhängigkeit vom Liberalismus eintreten.

Begegnen die normalen Koreaner der NIS-Praxis und der

Gewerkschafterverfolgung mit Kritik oder eher mit Gleichgültigkeit?

Das zögerliche Verhalten von Park Geun-Hye im Umgang mit den enthüllten NIS-Operationen provozierte in breiten Teilen der Bevölkerung Widerstand. Am stärksten unter Linken und Liberalen, die zuvor der Politik eher apathisch gegenüberstanden. Die Enthüllungen der Medien belegen, dass die NIS eine Reihe weitreichender Operationen via Internet und SMS-Botschaften durchgeführt hat, um die Oppositionskandidaten in Verruf zu bringen, auch wenn die Agentur selbst dies unaufhörlich bestreitet. Diese Aktionen wirken ziemlich kindisch, aber sie spiegeln wider wie besorgt die konservativen Kräfte um ihr Schicksal sind.

Die große wirtschaftliche Not vieler Menschen im Kontrast zur Super-Performance einer kleinen Gruppe multinationaler koreanischer Konzerne demoralisieren die Leute im Allgemeinen. Es ist allerdings erst das erste Amtsjahr der Präsidentin und die Menschen werden ihre hohle Phrasendrescherei, auch aufgrund einer Reihe politischer Fiaskos ihrer Getreuen im Kabinett, zunehmend leid. So träumt sie noch immer davon, das Vermächtnis ihres Vaters, des ehemaligen Militärdiktators Park Chung-Hye, als nationalem Retter wieder zu beleben. Die Fakten zeigen allerdings, dass sie sich von den rosigen Versprechungen, die sie vor zwei Jahren im Wahlkampf gemacht hat, immer weiter entfernt.